

Entwicklung und Stand der Asienwissenschaften in der DDR¹

Dietrich Reetz

In dem schnellen Strudel der Ereignisse, dem sehr komplexen und oft auch wirren Prozeß der deutschen Einigung, in den wir Deutsche-West und Deutsche-Ost uns teils bewußt begeben, ja gestürzt haben, teils auch hineingerissen wurden, nimmt für Außenstehende das Orchideen-Feld der Asienwissenschaften eher eine Randlage ein. Dabei könnte auch hier zusammenfinden, was von Tradition und Herkunft einmal aus gleicher Quelle, der deutschen Orientalistik, trank. Doch wird man hier wie anderswo im Einigungsprozeß feststellen, daß man - mit Ausnahmen - relativ wenig voneinander wußte, einander nicht sehr intensiv zur Kenntnis nahm und jetzt sehr Unterschiedliches mitbringt.

Wenn hier die Asienwissenschaften der ehemaligen DDR, d.h. also der fünf ostdeutschen Bundesländer und Ost-Berlins, vorgestellt werden sollen, dann kann dies nur eine sich auf ganz persönliche Erfahrungen und Kenntnisse stützende Beschreibung sein, die punktuell Fragen aufwirft und Probleme darstellt, ohne sie immer schlüssig beantworten zu können oder ein Urteil zu fällen. Es gilt hier, gegen zweierlei Vorurteile anzugehen: mancher Kollege-West wird fragen, ob da nicht ein sehr geschöntes Bild zustande kommt, um nach dem Motto, "zu retten, was zu retten ist", den Mantel der Nächstenliebe über Ineffizienz, Bürokratie und Inkompetenz zu decken. Und die Kollegen-Ost fürchten, ob so nicht leichtfertig und schnell gewendet ein Ansatz gemacht wird, zu verkaufen, zu verramschen oder zu streichen, was ihre Arbeit, ihre Mühe, ihr bisheriges Leben ausmachte. Dabei soll und kann nicht der Anspruch erhoben werden, alles so schon immer gewußt, nur nicht gesagt zu haben. Viele der folgenden Bemerkungen sind Ergebnisse eines Prozesses, der bei mir und mehreren meiner Kollegen nicht erst blitzschlagartig am 9. November 1989 einsetzte, sondern schon früher, durch zunehmendes Differenzieren und Hinterfragen begonnen hatte und der noch längst nicht abgeschlossen ist.

Ich glaube jedoch, daß man in diesem Kreise der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde, die sich bereits in der Vergangenheit sehr gezielt mit Praxisbezug, Leistungsfähigkeit und Kompetenz der westdeutschen Asienwissenschaften auseinandersetzte, nicht falsch liegt, nach dem professionellen Gewicht der ostdeutschen Asienwissenschaften zu fragen und zu Selbstverständnis, Entstehung, Struktur, Altlast und Neubeginn hier eine Antwort zu entwerfen.

Dazu sind jedoch einige Vorbemerkungen erforderlich:

Eine Beurteilung der ostdeutschen Asienwissenschaften im direkten Vergleich mit der Bundesrepublik wird dadurch erschwert, daß es sich in vielem um nicht vergleichbare Größen handelt. Wenn man nicht voraussetzt und akzeptiert, daß es sich in der DDR, trotz der gemeinsamen deutschen Orientalistik-Tradition, um eine eher kleine, relativ eigenständige, an anderen Prämissen orientierte und zu anderen Strukturen gewachsene Wissenschaftslandschaft handelte, die sich in den osteuropäischen und vor allem den sowjetischen Kontext einordnete, wird man schwer zu einem Sachurteil über Bleibendes kommen. Voraussetzen und als gegeben akzeptieren muß man die unterschiedlichen politischen Ausgangspositionen des Kalten Krieges, die die Sicht auf die Welt und damit auch auf Asien aus verschiedenen, ja diametral entgegengesetzten Interessenkonstellationen

begründeten. Für die länderwissenschaftlichen, politik- und gesellschaftsbezogenen Teile der Asienwissenschaften gilt da zunächst, daß sie sich in der DDR häufig vom Anspruch auf Antimperialismus leiten ließen (obwohl auch der oft nicht genuin war, da Kompromisse immer dort geschlossen wurden, wo es dem Geltungsbedürfnis und der Machtsicherung der DDR-Führung genehm war), dem auf bundesdeutscher Seite wohl ein eigenes Maß an Antikommunismus entsprach. Hier soll allerdings gleich zu Beginn betont werden, daß eine platte Gegenrechnung nicht beabsichtigt und möglich ist, wohl wissend, daß Wissenschaft in der Bundesrepublik immer andere Entwicklungsmöglichkeiten der Wahl, Kompetenz und konkurrierenden Leistung hatte, die es in der DDR nie gab. Und es soll andererseits nicht der Versuch gemacht werden, ein eintönig graues Bild von "40 Jahren Unterdrückung" zu malen, weil die Unterdrückten selbst vielfältig mehr oder weniger aktiv in dieses System einbezogen waren und mitmachten und weil andererseits historische Umbruch- und Modernisierungsprozesse in Osteuropa, und besonders eben auch in der DDR, schon in den siebziger Jahren einsetzten, auch wenn ihnen System- und Strukturdefizite die Entfaltung versagten. Die Divergenz geht bis in den Begriffsapparat und die Kategorien, so daß Mißverständnisse nicht ausgeschlossen werden können. So wird Asien von Suez aus gerechnet, während ich hier versucht habe, wo das möglich war, den Angaben das in der Bundesrepublik gängige Verständnis (von Indien ostwärts) zugrunde zu legen. Auch sind viele Angaben als vorläufig oder vorübergehend anzusehen, da der Umbruchprozeß in der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft seit Jahresfrist zu Personalreduzierungen, institutionellen Auflösungen und Umbildungen führte und auch weiter führt. Daher handelt es sich hier eher um eine Momentaufnahme, die in vielem auf Schätzungen beruhen muß, obwohl sie, wo das möglich war, auf recherchierten Angaben aus den betreffenden Einrichtungen basiert.

Doch der Unterschiede sind weit mehr: In der Bundesrepublik Massendstudium, in der DDR mehr oder weniger eine Eliteausbildung für eine kleine Zahl von Arbeitsplätzen in den staatlichen, partei- und organisationsgebundenen Außenbeziehungen, der Außenwirtschaft, der Staatlichen Plankommission, den Kulturbeziehungen, den Medien und Verlagen. In der Bundesrepublik oft geleitet vom wissenschaftlichen Selbstverständnis des Erkenntnisdrangs, wenn auch nicht unbeeinflusst durch härtere Interessenlagen, in der DDR jedoch deutlich angebonden als Instrument der SED-Partei- und Staatspolitik. In der Bundesrepublik bis heute weitgehend auf einer klassischen Philologenausbildung aufbauend, immer wieder kritisiert für Gegenwarts- und Praxisferne sowie für mangelnde Berufsbefähigung, in der DDR unter revolutionspolitischen, aber auch außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten frühzeitig als moderne Länderwissenschaften konzipiert. In der Bundesrepublik in einem dichten Netz von föderalistischen Fördermitteln und -strukturen, konkurrierenden Leistungsangeboten eingebunden, in der DDR in einer eher festgeschriebenen, in sich ruhenden Größe staatlich vorgegebener Mittel und Ziele mit nur mäßiger Abrechnung und Kontrolle bei unklaren Möglichkeiten für Reisetätigkeit, Bibliotheksausstattung und Publikation schwebend. In der Bundesrepublik durch eine offene und öffentliche Wissenschaftsstruktur und -verwaltung überschaubar, nachvollziehbar und bewertbar, in der DDR nach ihren Eckdaten und Leistungsparametern der Öffentlichkeit weitgehend entzogen, ohne daß sich auch heute der rechte Zugriff und die positive Kooperation dazu einstellt. Mitunter scheint den Zuständigen

nach Wechsel von Staat, Regierung und Leitern der Überblick über die bisherige Entwicklung verlorengegangen zu sein - wobei ich jedoch positiv die Kooperationsbemühungen der Sektion Asienwissenschaften der Humboldt-Universität bei meinen Recherchen hervorheben möchte.

Selbstverständnis und Profil

In der DDR entwickelten sich seit Ende der fünfziger Jahre die als bürgerlich verrufenen und vorwiegend philologisch orientierten Orientalistik-Teildisziplinen schrittweise zu modernen Länderwissenschaften.² Der Weg dahin führte über die Beschreibung der ehemals kolonialen Länder im weltrevolutionären Prozeß, dem sich die regierende Partei, die SED, statutarisch verpflichtet fühlte. Gesellschaftspolitische Vorgaben für die Formierung dieser Disziplinen standen in den fünfziger Jahren unter dem Vorzeichen der Abgrenzung vom deutschen Rassenwahn und der Pflege nichtdeutschen, außereuropäischen Kultur- und Geistesgutes. Sie forderten eine Diesseitigkeit der scheinbar jenseitigen Orientalistik hin zu den Problemen der jungen Nationalstaaten, aber auch zu den macht- und herrschaftspolitischen Ansprüchen der SED wie etwa in der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik und deren Vorgehen in der Dritten Welt. Neokoloniale und altdeutsche Herrschaftsansprüche wurden angeführt, wobei die Diskreditierung der Bundesrepublik mehr dem Unterlaufen der Hallstein-Doktrin und dem Streben nach internationaler Anerkennung durch die Dritte-Welt-Staaten diene. So wurde am damaligen Indischen Institut der Leipziger Universität das Schwergewicht zunächst auf die "Erforschung der imperialistischen Kolonialpolitik im 20. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der kolonialen bzw. neokolonialen Politik des deutschen Imperialismus gegenüber Indien" gelegt³. Die siebziger Jahre, in denen das offizielle Selbstbewußtsein der DDR dank spürbarer wirtschaftlicher Besserungen und der deutsch-deutschen Ost-West-Politik es gestattete, sich zunehmend auf sich selbst zu beziehen und sich nicht mehr ausschließlich aus der Negation der Bundesrepublik abzuleiten, sahen veränderte, auf die Sache selbst, d.h. auf die Realitäten in den asiatischen Staaten bezogene Möglichkeiten für die Asienwissenschaften.

Euphorisch, aber wenig realistisch, erfolgte in den sechziger und siebziger Jahren im Gefolge der staatlichen Unabhängigkeit der meisten ehemaligen Kolonien wie auch der gesellschaftlichen Umbrüche in Südvietnam, Kambodscha, Afghanistan, Äthiopien und den ehemaligen portugiesischen Kolonien eine großzügige Ausstattung der DDR-Universitäten und ihrer regionalwissenschaftlichen Forschungszentren mit Personal. Kooperationsbeziehungen besonders mit Vietnam, Kambodscha und Afghanistan und die Entscheidung in den Achtzigern, gegenüber China eine sozialistische Vorreiterrolle zu spielen, brachten steigende Anforderungen für Dolmetscher und wissenschaftlich gebildetes Fachpersonal.

Nach dem Erdölchock und der sich abzeichnenden Prosperität einiger Nah- und Mitteloststaaten, aber auch angesichts des stabilen und steigenden Wirtschaftswachstums einiger asiatischer Länder glaubte man in den Siebzigern, dort größere Absatzchancen für die nicht sehr konkurrenzfähigen DDR-Produkte zu finden. Die internationale Anerkennungswelle erhöhte sprunghaft den Bedarf an diplomatischen Kadern, war doch die DDR hinter der Sowjetunion in der Regel am zweitstärksten in diesen Ländern präsent. Erst zu Beginn der Achtziger im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte kam es zu einer deutlichen Hin-

wendung zu und einem Rückzug auf Europa, wie an der Reisetätigkeit des Politbüros und der Fachminister zu erkennen war. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, daß die Asien- und Afrika-Reisen von Honecker im Westen oft deutlich überschätzt wurden. Trotz erheblichen politisch-propagandistischen Effekts war ihr dauerhafter Profit für Beziehungen und Wirtschaft eher begrenzt. Der entscheidende Schwerpunkt blieb China wegen seiner herausragenden Rolle für den Weg und das Schicksal der gesamten "sozialistischen Staatengemeinschaft", wie man dachte. Japan wurde zwar heftig umworben, mit allerdings nur mäßig ausbeutbaren politischen und wirtschaftlichen Ergebnissen. RGW-Interessen, besonders an Bodenschätzen, kamen bei der Mongolei ins Spiel. Besondere Verpflichtungen, vor allem in Ausbildung, Politik, Sicherheit und Wissenschaft war man gegenüber Vietnam, Kampuchea und Afghanistan eingegangen, wo die DDR deutlich nach der Sowjetunion an zweiter Stelle rangierte. An Indien, Indonesien und den Philippinen führte kein Weg vorbei, was aber zu wenig mehr als Teilübereinkünften führte. Die DDR sah sich international gezwungen, zu Entwicklungserfordernissen der Dritten Welt aufgrund ihrer, wie wir heute wissen, überbewerteten hohen Leistungsbilanz verstärkt Stellung zu nehmen. Dabei überwog, übrigens auch im Gegensatz zur UdSSR, die Abwehrhaltung, selbst befreundeten Staaten Schuldenerleichterungen zu gewähren. Das war ein - an den Möglichkeiten der DDR gemessen - überdimensioniertes, aber häufig verbales Engagement, das sich in der letzten Zeit im Abbau befand.

Entstehung der Asienwissenschaften

Begonnen hatte der Neuaufbau der Asienwissenschaften nach dem Ende des zweiten Weltkriegs, als im Jahre 1947 unter der Leitung von Eduard Erkes (1891-1958) in Leipzig am damaligen Ostasiatischen Seminar (ab 1951 Ostasiatisches Institut) schrittweise der Wiederaufbau der Sinologie erfolgte. Am ehemaligen Indischen Institut war es Friedrich Weller (1889-1980), der sich für den Neubeginn einsetzte. Hier ist auch der Ethnologe Julius Lips (1895-1950) zu nennen. Weitergepflegt wurden die traditionellen Fachgebiete Tibetologie und Mongolistik. In Berlin fand an der ehemaligen Friedrich-Wilhelm-Universität, die bald nach ihrer Wiedereröffnung im Januar 1946 nun Humboldt-Universität hieß, die über hundertjährige Tradition der vor allem philologisch ausgerichteten Orientforschung ihre Fortsetzung durch Gelehrte wie P. Ratschnevsky (geb. 1899 - Sinologie/Mongolistik), W. Ruben (1899-1972 - Indologie) oder H. Junker (1889-1970 - Iranistik/Koreanistik).

Entscheidende Anstöße für die Hinwendung der Lehre zur Moderne gingen von dem auch international anerkannten marxistischen Historiker Walter Markov aus, der mit seiner Gründung eines "Forschungszentrums zur Geschichte Asiens, Afrikas und Lateinamerikas" an der Leipziger Universität 1960 den institutionellen Kern für die späteren Entwicklungsländerwissenschaften legte.

Die 3. Hochschulreform von 1968/69, die gleichzeitig auch eine Akademie-reform war und die, wohl in Nachwirkung des berühmten 11. Ideologie- und Kulturplenums von 1966, einen deutlichen Bruch mit den Resten der bürgerlichen Bildungsvergangenheit bringen sollte, mischte die Karten der Lehrinstitutionen völlig neu. An die Stelle der alten Institute und Fakultäten an den Universitäten traten Sektionen und diese verteilten die Regionalwissenschaften, wie sie

später hießen, auf Leipzig (Afrika/ Nahost), Berlin (Asien) und Rostock (Lateinamerika). Hinzu zählten noch Halle mit seiner Orientarchäologie und Greifswald mit Nordeuropakunde. Damit, so soll hier nicht unerwähnt bleiben, folgte man auch einem Modernisierungstrend, denn die Auseinandersetzung um gegenwarts- und gesellschaftsbezogene Asienforschung hält international und auch in der westdeutschen Wissenschaft an. Zugleich wurde ein Instrumentarium an staatlichen Räten geschaffen, von denen der wichtigste wohl der Zentrale Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften war - kurz und staubig ZENTRAAL genannt. Als Forschungsrat koordinierte er die Forschungspläne und den Ausbau der Potentiale. Er gab mit "asien, afrika, lateinamerika" die einzige Fachzeitschrift heraus, ein Jahrbuch und eine Studienreihe. Über die "Multilaterale Problemkommission Entwicklungsländer" waren die Asienwissenschaften mit den RGW-Staaten und vor allem der Sowjetunion verzahnt. Universitätsbeziehungen und der Kulturaustausch knüpften seit den Siebzigern regelmäßige Verbindungen in wichtige asiatische Länder. Ich verweise hier auf H.J. Spanger und L. Brock, die das in ihrem 1987 erschienenen Buch über die Entwicklungspolitik und die Entwicklungsländerwissenschaften der DDR ausführlich und im wesentlichen zutreffend mit Material bis an die Schwelle der Achtziger beschreiben.⁴

Bis Mitte der sechziger Jahre studierten in den klassischen kultur- und sprachwissenschaftlichen Fachrichtungen Vorderasiatische und Ostasiatische Sprachen, Ägyptologie, Indologie und Afrikanistik (seit 1959/60) kaum mehr als 100 Studenten. Seit Beginn der siebziger Jahre sind es in den gesellschaftswissenschaftlich orientierten Regionalwissenschaften regelmäßig zwischen 230 und 270 Studenten. 1982 konnten sich 391 Studenten an den regionalwissenschaftlichen Sektionen einschreiben.⁵

Struktur und Potential

Seit der Reform 1968/69 wurden bis heute Asienwissenschaften als Grundstudiengänge nur an der gleichnamigen Sektion der Ostberliner Humboldt-Universität betrieben. Der Gründungsdirektor war 1968 K. Huber, seit 1974 übte Diethelm Weidemann das Amt aus und nach einem Intermezzo durch H.-P. Vietze leitet es gegenwärtig der Südostasienwissenschaftler Hans-Dieter Kubitschek.

Gegenwärtig bildet sich die Sektion in einen Fachbereich Asien- und Afrikawissenschaften⁶ um. Aus den ehemaligen Bereichen entstehen in Anlehnung an die vor der letzten Hochschulreform bestehende Struktur neun Institute sowie ein Lehr- und Forschungsgebiet "Internationale Beziehungen der Staaten Asiens", bei denen die Asienwissenschaften mit der Sinologie, Japanologie, Korea-, Zentralasien-, Südasien-, und Südostasienforschung vertreten sind. In Geschichte, Wirtschaft, Staatsrecht und Außenpolitik der betreffenden Länder unterrichtet, sowie mit religions- und kulturphilosophischen Traditionen und ethnischen Problemen vertraut gemacht, waren den Studenten in Kombination mit den intensiven Sprachlehrgängen Abschlüsse als Regionalwissenschaftler, Länderkundler, traditioneller Orientalist oder Sprachmittler möglich. Als Ost-, Süd- oder Westasienwissenschaftler erfolgte zusätzlich eine Ausbildung in einer gesellschaftswissenschaftlichen Mutterdisziplin wie Ökonomie, Geschichte, die

der Berufsbezeichnung mit Querstrich nachgestellt würde. Als Beispiel mag das Matrikel 1984 an der Sektion Asienwissenschaften der Humboldt-Universität dienen, das 1989 43 Studenten in den Diplom-Berufsrichtungen Chinawissenschaftler (5), Sinologen (3), Sprachmittler Russisch-Chinesisch (4), Japanwissenschaftler (3), Sprachmittler Englisch-Japanisch (4), Südostasienwissenschaftler (6), Südasienswissenschaftler (6), Indologen (5), Westasienswissenschaftler (6) und Westasienswissenschaftler/Internationale Beziehungen (2) abschlossen.

Gegenwärtig studieren am Fachbereich 127 Studenten im Hauptfach im 1., 3. und 5. Studienjahr. Davon sind 68 neue Hauptfachbewerber. Hinzu kommt eine Gruppe von 15 Sinologen aus Westberlin, die ein zweites Hauptfachstudium aufnehmen möchten. Am Fachbereich sind 142 Wissenschaftler angestellt, von denen 15 Professoren die Lehrstühle in den 9 Bereichen leiten.

Doch die Beschäftigung mit Asien in den Schwerpunktrichtungen Sinologie und klassische Indologie fand auch nach der Hochschulreform, die in der Praxis keine völlige Trennung der Potentiale brachte, ihre Fortsetzung an einem Lehr- und Forschungsbereich "Süd- und Ostasien" der Leipziger Karl-Marx-Universität, dem seit 1984 der Sinologe R. Moritz vorsteht. Nach einer erzwungenen Lehrpause von 22 Jahren - 1988 wurde Moritz die Wiederaufnahme des Hauptfachstudiums in Indologie und Sinologie vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen für Leipzig abgelehnt -, wurden in diesem Semester erstmals wieder 22 Studenten in beiden Hauptfächern immatrikuliert. Seit 1985 war wieder eine Nebenfachausbildung in Indologie und Sinologie für die Studiengänge Philosophie, Geschichte, Journalistik und Wirtschaftsgeschichte möglich, die von etwas mehr als 20 Studenten genutzt wird. Länderwissenschaftliche und geschichtsrelevante Fragen bearbeitete der Lehr- und Forschungsbereich "Grundfragen der nationalen Befreiungsbewegung", ethnische und religiöse Probleme der Bereich "Ethnographie".

Einen direkten Bezug zu den Asienwissenschaften hatte auch die Sektion Orient- und Altertumswissenschaften an der Martin-Luther-Universität in Halle, wo am Wissenschaftsbereich Orientalische Archäologie auch für Vorder-, Mittel- und Südasiens Lehrbereiche für Archäologie und Kunst sowie für die altindischen Sprachen Sanskrit, Prakrit und Pali existierten und deren Leiter, Burchard Brentjes, mit seinen Publikationen auch international bekannt wurde. Sie immatrikulierten entsprechend den Zulassungsbeschränkungen alle 2 Jahre 2 Studenten im Hauptfach. Der Bereich beschäftigt 11 Wissenschaftler für 1 Lehrstuhl und 7 Lehrbereiche. Vor der Veröffentlichung stehen 2 abgeschlossene Buchmanuskripte zur Rolle des Orient in der europäischen Kulturgeschichte und ein Buch über die Türkisierung Kleinasiens.

An der Jenenser Friedrich-Schiller-Universität bildet sich der Wissenschaftsbereich Indoeuropäistik/Orientalistik der Sektion Sprachwissenschaft in ein Institut für Altertumswissenschaft (Hebräisch/Griechisch/Latein) und ein Institut für orientalische Sprachwissenschaft um. Letzteres beschäftigt vier Mitarbeiter (2 Indonesistik/2 Kaukasische Sprachen), deren Schwerpunkt die Forschung war. Sie boten fakultative Lehrveranstaltungen an, bildeten in letzter Zeit einen Studenten im Sonderstudienplan für Indonesisch aus, zwei haben sich zum neuen Semester im Nebenfach angemeldet, zwei studieren bereits kaukasische Sprachen.

Das im Zuge der Ersten Welthandelskonferenz UNCTAD I 1964 gegründete "Institut Ökonomik der Entwicklungsländer" an der Ostberliner Hochschule für

Ökonomie, vertreten durch bekannte Namen wie den jetzigen Direktor Peter Stier und H. Faulwetter (letzterer war 1970-1974 DDR-Botschafter auf Sri Lanka), erforschte zielgerichtet entwicklungsländerbezogene Wirtschafts-, Finanz- und Strukturprobleme unter dem konzeptionellen Bezugspunkt kapitalistischer Transformationsprozesse. Neben vielen Verlagstiteln, so dem auch in der Bundesrepublik und Österreich verlegten "Handbuch Entwicklungsländer" von 1987, schlug sich die Forschung in einer eigenen englischsprachigen Vierteljahresschrift "Economic Quarterly" nieder, die seit 1966 erscheint. Ingo Klein absolvierte 1989 eine B-Promotion zu den ost- und südostasiatischen Schwellenländern. Die Aufgabe lag vorwiegend bei Kursen für Studenten aus der Dritten Welt am Institut. Künftig ist für den Studiengang Volkswirtschaft eine Nebenfachausbildung in Entwicklungsökonomie, Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit vorgesehen, die ab 3. Studienjahr angeboten wird und voraussichtlich von 10-20 Studenten wahrgenommen wird. Am Institut sind gegenwärtig 12 Wissenschaftler in 2 Lehrstühlen "Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft" und "Sozio-ökonomische Entwicklung in der Dritten Welt" tätig.

Wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen im Entwicklungsländerbereich, die sich auch auf Asien bezogen, kamen aus dem Wissenschaftsbereich Demografie der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität unter dem in der DDR-Fachliteratur bekannten Entwicklungstheoretiker Khalatbari. Dort gab es auch einen kleinen Lehrstuhl Weltwirtschaft unter K.-H. Domdey, der zusammen mit H. Grienig von der Asiensektion einen interdisziplinären Arbeitskreis "Weltwirtschaft, Weltfrieden, Ökonomie der Entwicklungsländer" leitete.

Das ehemals dem Außenministerium zugeordnete Institut für Internationale Beziehungen (IIB), das heute zur Hochschule für Recht- und Verwaltung, Potsdam/Babelsberg, gehört und dort den neuen Fachbereich Politische Wissenschaft/Internationale Beziehungen mitbegründete, verfügte ebenfalls über asienkundliches Potential in Lehre und Forschung. Das seit den sechziger Jahren bestehende Institut bildete seit 1970 in Fünfjahresstudiengängen Diplomanden für Internationale Beziehungen mit regionaler Spezialisierung und internationalen Verkehrssprachkenntnissen wie Englisch, Russisch, Französisch, Arabisch aus. In der Spezialisierung asiatisch-pazifischer Raum wurden ca. 3-5 Studenten pro Jahr erfaßt. Zur Zeit haben sich für Entwicklungsländer als Nebenfach an dem Fachbereich 38 Studenten (von insgesamt 125) im ersten und sieben (von 20) im zweiten Studienjahr eingetragen. Von den gegenwärtig noch 65 Mitarbeitern des ehemaligen IIB beschäftigen sich fünf weiter aktiv mit Asien (Japan, China, Südostasien), sechs sind auf Kurzarbeit mit null Stunden gesetzt.

Seit der europäischen Nachrüstungsdebatte konnte sich auch schrittweise eine eigene Friedensforschung etablieren, aus der unter anderem im April das Institut für Friedens- und Konfliktforschung an der Humboldt-Universität unter D. Weidemann hervorging. Der Bereich "Frieden, Sicherheit und Entwicklung in der Dritten Welt", zu dem zwei Asienwissenschaftler für Süd- und Südostasien gehören, bietet asienkundliche Lehrveranstaltungen für die Studiengänge Sozialwissenschaften, Asien-/Afrikawissenschaften und das Studium Generale an.

Im außeruniversitären Bereich waren Asienwissenschaften bis 1969 im Deutschen Orient-Institut an der Akademie der Wissenschaften angesiedelt. Dieses Potential wurde aus den erwähnten Zentralisierungsgründen zerschlagen und in seinen modernen Bestandteilen dem Zentralinstitut für Geschichte, seit 1986

Institut für Allgemeine Geschichte, zugeteilt, wo neben einer kleinen Forschungsgruppe Südasiens im Bereich Orientforschung mit fünf Wissenschaftlern drei sprachkundige Japan- und Chinawissenschaftler den Bereichen West- und Osteuropa angegliedert sind. Der Alte Orient, darunter auch Sinologie und Indologie, fand sich am Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie wieder. Im Zuge der Akademiereform planten die Modernen ein kleines Orientinstitut, die Althistoriker ihre Anbindung an eine Berliner Akademische Gelehrtenengesellschaft im Rahmen der Wiederbelebung der berühmten Orientalischen Kommission.

Forschungspotentiale mit hoher Sprachqualifikation und Ländererfahrung bestanden in den SED-Parteiinstitutionen wie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, von denen 6 Chinakundler im Zuge der Auflösung und Umstrukturierung die East Asia Consult G.m.b.H. bildeten. Sieben Wissenschaftler der Forschungsgruppe Entwicklungsländer am Institut für Politik und Wirtschaft (IPW), das Politikberatung für die SED-Führung und die Regierung ausübte, streiften bei ihren Querschnittsanalysen zur Lage der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft auch gelegentlich Asien. Das IPW, nach dem Umbruch von der SED an die Regierung abgetreten, wird zum Jahresende geschlossen. Auch an der Parteihochschule der SED wurde vereinzelt zu Asien geforscht.

Einzelne beschäftigten sich an den verschiedenen Sektionen Geschichte mit Asien; die Ethnografen an den Universitäten in Berlin und Leipzig thematisierten asiatische Probleme, darunter in ihrem Fachorgan, der "Ethnographisch-Archäologischen Zeitschrift" (Berlin). Beachtenswert sind hier die Forschungen von Mitarbeitern der recht gut ausgestatteten Museen für Völkerkunde in Leipzig und Dresden.

Mit der Wende begann auch eine Erneuerung der Vereinsstrukturen. Der ZENTRAAL als zentralistisches Organ löste sich auf. Damit verschwand nicht nur ein Element bürokratischer Bevormundung, es fielen auch Diskussionsforen für den Austausch zwischen den Disziplinen, Regionen und Institutionen weg wie die Arbeitskreise Geschichte, Politik, Ökonomie, Religion. Aus diesem Vakuum entstand der Anstoß zu neuen regionalen Wissenschaftlervereinigungen. Im Juni 1990 konstituierten sich Gesellschaften für Südostasien- und für Südasiastudien e.V. unter W. Lulei und J. Heidrich, die ihren Wirkungskreis jedoch nicht auf die ehemalige DDR beschränken.

Altlast und Neubeginn

Die Einordnung in den Herrschaftsmechanismus der SED-Partei- und Staatsführung war ambivalent. Wie schon erwähnt, kamen die Impulse für den Ausbau der Asienwissenschaften fast durchweg von der politischen Führung. War es in den sechziger Jahren die weltweite Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik im Ringen um internationale Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit, so war es gerade diese Anerkennung, die zu Beginn der siebziger Jahre das Politbüro zu neuen Hochrechnungen über den voraussichtlich steigenden Kaderbedarf veranlaßte. Das schlug sich in zwei Beschlüssen der SED-Führung von Mitte und Ende der siebziger Jahre nieder, die ihre Präzisierung in einer vom Minister für Hoch- und Fachschulwesen erlassenen Konzeption über die weitere Entwicklung

der Asienwissenschaften in der DDR fand. Ähnliche Konzeptionen folgten für Afrika, Lateinamerika und Nahost. Auf dem Höhepunkt der Euphorie Anfang der Achtziger sah die Berliner Sektion Asienwissenschaften um die 400 Studenten. Der Elitestatus der Ausbildung wurde durch die am internationalen Standard gemessen relativ niedrige Studentenanzahl im Verhältnis zum Lehrkörper unterstrichen. Während anspruchsvolle Aufgaben auf den Gebieten der Forschung und der Neuaufbau vieler länderwissenschaftlicher Fachrichtungen einen umfangreichen Wissenschaftlerstamm wachsen ließen, regelten Zulassungsbeschränkungen fachlicher, sicherheitspolitischer und ideologischer Art den Studienzugang. In den offiziellen Studienangeboten der siebziger Jahre waren die Studiengänge Regionalwissenschaften nicht enthalten. Viele Studenten erhielten durch Bekannte über die in der realen DDR so wichtigen Beziehungen davon Kenntnis und bewarben sich direkt bei den Hochschulen, viele waren auch sogenannte Delegationskader, von den künftigen Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes bereits ausgewählt und mit einem Vorarbeitsvertrag versehen. Weder Westverwandtschaft noch negativer politischer Leumund waren akzeptabel für die später in den aus DDR-Sicht sensiblen Außenbereichen Tätigen, denen sich durch die Auslandsaufenthalte auch günstige Möglichkeiten zur sogenannten Republikflucht boten, ja die durch den häufigen internationalen Kontakt zum Vergleich mit eigenen Zuständen und möglicherweise kritischen Auffassungen angeregt wurden. Daß sich dennoch unter den DDR-Asienwissenschaftlern kaum "Aufständische" fanden, hing wohl auch mit ihrer Abhängigkeit von der Beschäftigung im öffentlichen Dienst, von der Gewährung der zusätzlich durch Devisenknappheit beschränkten seltenen Auslandsaufenthalte ab, deren Nichtgewährung ihre Berufsausübung im Kern infrage gestellt hätte.

Waren die Asienwissenschaften formal dem Hochschulministerium unterstellt, blieb doch der Referent für Regional- und Sprachwissenschaften in der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED als informeller Leitungsweg die letzte Instanz, die ohne rechtliche Fixierung beanspruchte, kadermäßige, politische oder ideologische Verfehlungen zu ahnden. Wer als Asienwissenschaftler im Ausland seinen Paß verlor, mußte zusammen mit dem Sektionsdirektor bei dem Referenten antreten. Die Aufsicht über die Forschung wurde über die fünfjährigen Zentralen Forschungspläne ausgeübt, die im wesentlichen in der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED ausgearbeitet und kontrolliert wurden. In den früheren Jahren hauptsächlich auf Publikationen ausgerichtet, brachten sie seit den Achtzigern einen verstärkten Trend zu Studien mit sich, deren Schicksal ungewiß war. Zumindest aus der Abteilung Wissenschaften des ZK kam zu inhaltlichen Aspekten wohl selten eine Reaktion. Es war eine formalisierte, bürokratisierte Wissenschaftsstruktur. Publikationen zu unliebsamen Themen waren unerwünscht und wurden durch die politischen Gutachten des Außenministeriums oder des ZK, Abteilung Internationale Verbindungen, unterbunden. So erging es einem kompletten Buchmanuskript zur Asienpolitik Chinas 1949-79 von R. Felber und anderen, das Anfang der Achtziger gestoppt wurde, weil es mit seinen kritischen Tönen zu Chinas Großmachtstreben nicht mehr in die ambitionierte politische Landschaft des neuen Tauwetters paßte. Aus den gleichen Gründen "starb" 1980 eine Geschichte Vietnams von Lulei/Heidel an ihrem Kapitel zu den vietnamesisch-chinesischen Beziehungen, aber auch generell an ihrem realistischeren Ansatz zu Vietnam. Ähnliches geschah mit einem Buch über die internationalen Beziehungen in Süd- und Südostasien von Weide-

mann/Wünsche, dessen Kapitel über die Bewegung der Nichtpaktgebundenen aus der Sicht des Außenministeriums viel zu negativ war. Dabei ging es neben außenpolitischen Interessen oft um die Eitelkeiten der Politiker, die gegenüber dem Ausland ein möglichst ungetrübtes, geschlossenes und widerspruchsfreies Bild der DDR-Asienpolitik und -wissenschaft präsentieren wollten.

Doch gab es auch gegenläufige Tendenzen. Restriktionen und Bevormundung in einem totalen Ausmaß konnten mit den Achtzigern und besonders seit etwa 5 Jahren nur noch mäßig effektiv greifen. Die Vorgaben aus den Forschungsplänen "von oben" mußten und konnten immer häufiger durch eigene Themenvorschläge "von unten" untersetzt werden. Lagen Anfang der Siebziger zentrale Themen wie die "Grundlagen des antimperialistischen Kampfes" noch sehr eng bei der Revolutionstheorie, so enthielten die Themen der Projektgruppe des letzten großen zentralen Projektes "Das Wechselverhältnis von Frieden, sozialem Fortschritt und revolutionärem Prozeß in Asien", das etwa 1985 bis 1988 bearbeitet wurde, sehr differenzierte Fragestellungen nach dem Islam in der Sowjetunion, den Belutschen, der Islamischen Konferenz, Japans Haltung zu SDI, Chinas Dritte-Welt-Politik, dem Buddhismus in Kampuchea usw., von denen manches in Zeitschriften erschien, jedoch auch einiges unveröffentlicht blieb. Hier auch nicht zu vergessen, die unveröffentlichten Hochschulschriften und B-Promotionen, darunter jene aus "geschlossenen" Verfahren, zu denen die Öffentlichkeit aus übersteigter sicherheitspolitischer Abgrenzung nicht zugelassen war.

Immer waren die Asienwissenschaften der DDR auch ein Nischenfeld, wo man sich mit interessanten Fragen beschäftigte, die dennoch eher am Rande von Herrschaftsinteressen lagen. Es ist schon ein gewisses Verdienst der systematischen Arbeit von Asienwissenschaftlern, wenn es ihnen gelang, die traditionellen Grundlagen der Sinologie, Indologie und Japanologie zu erhalten und zu verteidigen, auch auszubauen. Politische Modernisierungsprozesse ermöglichten den Aufbau neuer, international und auch aus westdeutscher Sicht wohl attraktiver Zweige wie der Mongolistik, der Forschungen zu Nordkorea, Vietnam, Laos und Kampuchea in Sprache, Literatur, Kultur und Landeskunde.

Schließlich trugen die Asienwissenschaften, für sich und als Teildisziplin der Entwicklungsländerwissenschaften, dazu bei, in der wissenschaftlichen Debatte realistischere Fragestellungen, die sich den Gegebenheiten in den Ländern selbst zuwenden, aufzuwerfen und auf die Politik ausstrahlen zu lassen. Das war etwa bei der Diskussion um Tradition und Islam, die auch die Religionen Asiens begünstigte, seit Ende der Siebziger der Fall. Das traf auf eine realistischere Einschätzung der gesellschaftlichen Gegebenheiten in Ländern der sogenannten sozialistischen Orientierung wie Afghanistan und Kampuchea zu, in denen von revolutionären Situationen im herkömmlichen Sinne kaum die Rede sein konnte. Ich denke, auch die Chinakundler haben mit ihren sehr intimen Kenntnissen des Landes, der Geschichte und der Gegenwart ihren Beitrag zur Wiederaufnahme des osteuropäischen Dialogs mit China geleistet, wenn einzelne zuvor auch recht straff den politischen Winkelzügen der Führungen gefolgt waren. Und an Konstruktivem nicht zu vergessen, die regional übergreifende Debatte (Khalatbari, Stier, Schilling) um Unterentwicklung und kapitalistische Transformationsprozesse, die klarlegte, daß der Weg eigentlich aller Entwicklungsländer in den Kapitalismus führte und daß das für ihre Entwicklungsperspektiven zwar nicht unproblematisch aber auch nicht durchweg negativ sein mußte. Eine deutliche Evolution gab es auch im Konfliktverständnis. Während bis in die Siebziger noch

überwiegend die Schuld für alle Konflikte abstrakt beim Imperialismus gesehen wurde, nahm die Erkenntnis autochthoner Konfliktursachen gegen Mitte der Achtziger schnell zu: an religiösen Gegensätzen, ethnischen Zwistigkeiten und Stammesrivalitäten versagten die herkömmlichen orthodox-marxistischen Erklärungsmuster. Diskussionen um das Fortschrittspotential von Bourgeoisie und Kapitalismus, um soziale, nichtklassegebundene Stratifizierung trugen zu einer, wenn auch nicht übermäßigen, Belebung der Gesellschaftsdebatte bei. Doch sind Forschungsdefizite, verglichen am Weltstand, nicht zu übersehen. Nicht nur, daß die interessantere akademische Marxismusdebatte wahrscheinlich im Westen stattfand, vieles in der DDR war kein Marxismus, sondern politisch verklärte selektive Beschreibung mit einem oft scholastischen Instrumentarium, das der Wirklichkeit übergestülpt wurde, um abzuschneiden, was noch vorguckte. Nicht-marxistische Theorieansätze wurden kaum ausgewertet, die Quellennutzung schloß zwar zunehmend Primärmaterialien aus den Zielländern ein, doch ignorierten viele den internationalen Forschungsstand und erfanden das Fahrrad neu. Die Arbeit mit den zumeist vorhandenen orientalischen Sprachkenntnissen in der Forschung ließ wohl zu wünschen übrig, was auch durch den äußerst schmalen Zugang zu aktueller Literatur in diesen Sprachen verursacht wurde. Insgesamt verfügen die Wissenschaftler jedoch fast alle über eine Ausbildung in mindestens einer asiatischen Sprache. Ein merkwürdiges Desiderat der DDR-Forschung waren die sowjetischen Asiengebiete. Lange Zeit wurde von sowjetischer Seite die innere politische Thematisierung des eigenen Orient vermieden, ja unterdrückt. Über Kultur- und Literaturstudien fingen einige DDR-Absolventen von Hochschulen aus Baku oder Taschkent an, sich mit der Materie zu befassen. Hier liegt noch Ungenutztes brach.

Hinzu kommen Defizite der Wissenschaftsadministratoren der ehemaligen DDR, die mit Wettbewerb beinhaltenden Methoden von Stellenausschreibungen, Angebotseinholung, Projektformulierung, Mittelbewilligung nicht vertraut sind und für die Öffentlichkeit und Mitwirkung nicht nur unbekannt sondern auch ungewohnt sind, ja bis dato verboten waren. Es gab keine öffentlichen Selbstdarstellungen und Forschungsberichte, kaum Verzeichnisse und Bibliographien der Mitarbeiter. Der eigentliche Abschied von alten Arbeitsgewohnheiten steht hier erst noch bevor.

Was bleibt

In der DDR wurden seit Anfang der sechziger Jahre schätzungsweise 900 in orientalischen Sprachen ausgebildete Asienwissenschaftler in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, einschließlich Forschung und Lehre, eingesetzt. Darunter sind auch ca. 200 Absolventen von sowjetischen Lehreinrichtungen mitgezählt, die wegen ihrer guten philologischen Ausbildung und ihres oft direkteren Zugriffs auf die Problematik dieser Länder aufgrund der entwickelteren Beziehungen und der ausgeprägten asiatischen Interessen der UdSSR ein vergleichsweise hohes Ausbildungsniveau gewährleisten. Dazu kommen noch einmal etwa 80 auf den asiatisch-pazifischen Raum spezialisierte Absolventen des IIB, Babelsberg, die aber keine Orientsprachen beherrschen. Von ihnen sind gegenwärtig noch etwa rund 200 in Lehre und Forschung tätig. Problematisch bleibt dabei die hohe Personalausstattung gegenüber den Studentenzahlen, die zu einem Verhält-

nis Wissenschaftler-Studenten von 1:1 bis 1:2 tendiert. Schwierig bleibt auch die Bibliotheksausstattung, viel war der Eigeninitiative von Forschern überlassen. Gute regionale Institutsbestände hat die Humboldt-Universität, mit dem Schwerpunkt auf Ziellandliteratur. Über relativ geschlossene Altbestände (19./1.Hälfte 20. Jahrhundert) verfügen Leipzig und Halle. Sehr selektiv vertreten, vor allem für die Zeit seit Mitte der siebziger Jahre, ist die westliche, besonders die englischsprachige Sekundärliteratur. Die sogenannte Graue Literatur wurde nicht regulär, sondern von den einzelnen Wissenschaftlern interessengebunden, meist für ihre persönlichen Bibliotheken, die sich oft sehen lassen können, beschafft. Länderaufenthalte konnte ein relativ großer Teil der Wissenschaftler absolvieren, vor allem in der Japanologie, wo es seit den Siebzigern günstige Bedingungen seitens der Japaner gab, in der Indologie, wo Kulturaustauschpläne Möglichkeiten schufen, und seit den Achtzigern auch wieder die Sinologen.

Die Frage nach der Zukunft der Asienwissenschaften stellt sich natürlich. Doch scheint gerade das Angebot länderkundlicher asienwissenschaftlicher Studiengänge, deren Qualität sicher auszubauen wäre, die aber in einer solchen Vollständigkeit selten in Europa zu haben sind, für die Universitäten attraktiv zu sein und es ihnen zu ermöglichen, mittelfristig Studenten anzuziehen und so zu einer gewünschten Entlastung der westdeutschen Hochschulen zu kommen. Zugleich bietet dieses Profil die Möglichkeit höherer Praxisverbundenheit und damit größerer Berufschancen. Überträgt man mechanisch das westdeutsche Hochschulmodell auf diesen ostdeutschen Wissenschaftszweig, würde zumindest eine Reihe durch den "Mittelbau" besetzter Lehrgebiete verschwinden, in deren Aufbau mittels Erarbeitung von Sprach- und Landeslehrmaterialien viel intellektuelles Kapital investiert wurde. Zudem sind die gegenwärtigen Studentenzahlen trügerisch, da es bisher noch keine freie Immatrikulation gab. Die Beschränkung ergab sich etwa bei der Humboldt-Universität aus dem Stipendienfonds der Universität. Erst nach der vollen Anwendung westdeutscher Grundsätze wird man den tatsächlichen Bildungsmarktwert in Form von Studentenzahlen ermes- sen können. Auch wird, vielleicht nicht ganz zu Unrecht, gefragt, ob ein Massenstudium Sinologie oder Indologie denn tatsächlich ein anzustrebendes Ideal darstellt oder ob ein 'numerus clausus' im Interesse der Betroffenen selbst nicht eine geringere Studentenzahl mit höherem Ausbildungsniveau bewirken sollte.

Auch in der Forschung hat die ostdeutsche Asienwissenschaft eigenes - sicher unterschiedlich bewertetes - anzubieten. Bei den neueren Publikationen denke ich beispielsweise an das Wörterbuch Mongolisch-Deutsch von Vietze (1988), das Wörterbuch Indonesisch-Deutsch von E. D. Krause (1985), eine Kultur- und Völkergeschichte Südostasiens von Kubitscheck (1984), eine Geschichte Südkoreas von Göthel (1988), die "Frau im alten Japan" von Eiko Saito (1989), "Aktiv und Passiv im Deutschen und Chinesischen" von Kautz (1990). Ich denke auch an Forschungen zur Kolonial- und Sozialgeschichte Indiens am Berliner Institut für Allgemeine Geschichte von Krüger, Heidrich oder Haffner, an Arbeiten zum politischen System Indiens von Schaller und Österheld in Berlin, an eine soziale und ökonomische Geografie Chinas von 1989 des Leipziger Klasing, an die Arbeiten zur Sanskritistik von Mylius in Leipzig, an Chinakundler wie Felber und Japanologen wie Berndt. Der Lehr- und Forschungsstandort Berlin hat in der deutschen Asienwissenschaft seinen Platz, wie ihn auf ihre Weise auch Leipzig und Halle mit der stärkeren Betonung der Tradition haben.

Asienwissenschaftler wird man nicht über Nacht. Der Stamm, vor allem auch der relativ jüngeren Fachleute, ist vielseitig ausgebildet, mit guten Sprach- und Länderkenntnissen. Schon jetzt sind durch den Strukturwechsel mindestens 200 asienwissenschaftlich ausgebildete Fachleute in allen Bereichen freigesetzt. Gleichzeitig liegen Angebote aus der Wirtschaft, darunter auch in den asiatischen Ländern selbst, vor. Ein wechselseitiges Aufeinanderzugehen der west- und ostdeutschen Asienwissenschaft könnte verhindern, daß Potential brachliegt oder sinnlos verfällt. Trotz des relativen Überangebotes an Asienwissenschaftlern auf dem westdeutschen Markt würde dadurch unter Berücksichtigung des wohl eher zunehmenden deutschen Engagements in Asien eine Lücke entstehen, während die Nutzung dieses Potentials den Zugang zu Regionen wie Indochina, China, Nordkorea, der Mongolei, und partiell auch Südasien erleichtern oder zumindest vervollständigen sowie das Verständnis für Sowjetasien und die sowjetische Asienpolitik fördern könnte.

Dietrich Reetz

Anmerkungen

- 1) Referat auf der Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde "Europa und Asien - Wandel und Kontinuität", Berlin, 18./19. Oktober 1990, für die Veröffentlichung durchgesehen und ergänzt.
- 2) Der ehemalige stellvertretende Hochschulminister Gerhard Engel erklärte 1979 in einem Artikel: "In diesem ständigen Zusammenwirken mit der sozialistischen Praxis, anfangs nur in geringem Umfang und oft gegen den Widerstand dem Alten verhafteter Kräfte, später immer kontinuierlicher und weitgreifender, liegt wesentlich begründet, daß sich diese Wissenschaftsgebiete aus ursprünglich vorwiegend philologisch orientierten und aus ihrem historischen Werdegang heraus vorherrschend von bürgerlichen Auffassungen getragenen Wissenschaftsdisziplinen zu leistungsfähigen marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften und damit zu einem wirksamen Instrument der Partei der Arbeiterklasse entwickeln konnten." Engel, G., "Die Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften an den Universitäten im dreißigsten Jahr der Deutschen Demokratischen Republik - Gedanken und Bilanz und zu den kommenden Aufgaben", *asien, afrika, lateinamerika*, (1979)5, S. 775.
- 3) Gatzlaff, M., R. Gaudes, A. Krause, E.-D. Krause, R. Moritz, K. Mylius, M. Reichardt, E. Richter und M. Taube, "Asienwissenschaftliche Forschung und Lehre in Leipzig", *Wiss. Zeitschr. der Karl-Marx-Univ. Leipzig*, Gesellsch. R., 34(1985)6, S. 559.
- 4) Spanger, H.-J.; L. Brock, *Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR. Eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?* Opladen 1987, 428 S.
- 5) Ebenda, S. 81.
- 6) Die Gesamtangaben zum Fachbereich Asien- und Afrikawissenschaften schließen auch die Bereiche Westasien und Afrikanistik mit ein, die etwa 10 Prozent der Mitarbeiter und Studenten ausmachen.